Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5039**

17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In vielen Ländern der arabischen Welt erhebt sich die Bevölkerung gegen die autokratischen Regime. Diese bekämpfen die protestierende Bevölkerung zum Teil mit brutaler Gewalt, Tausende Menschen haben bereits im Kampf für Freiheit und Demokratisierung in Tunesien, Ägypten, Jemen, Bahrain, Oman und Libyen ihr Leben verloren. Es ist davon auszugehen, dass dabei auch deutsche Waffen eingesetzt wurden. Die Bundesregierung hat allein im Jahr 2009 Rüstungsexporte im Wert von 1 064 956 424 Euro in die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens genehmigt (Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2009). Deutschland ist nach einer Veröffentlichung des Friedensforschungsinstituts SIPRI auch im Jahre 2010 zum wiederholten Male drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt.
2. Ägypten durfte im vergangenen Jahrzehnt Rüstungsgüter im Wert von 276,2 Mio. Euro aus Deutschland importieren (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2000 bis 2009), darunter Waffen, die sich auch zur Niederschlagung von Aufständen sowie Menschenrechtsverletzungen eignen, wie Pistolen, Maschinenpistolen oder Scharfschützengewehre. Die Lieferungen erfolgten, obwohl der Bundesregierung die massiven Menschenrechtsverletzungen des Mubarak-Regimes bekannt waren. In ihren Menschenrechtsberichten stellte die Bundesregierung fest, dass willkürliche Verhaftungen ohne richterliche Anordnung sowie Folter und Misshandlung vor allem in Polizeistationen verbreitet seien (z. B. 8. und 9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen).
3. Auch Muammar al-Gaddafi profitiert bei der brutalen Niederschlagung der libyschen Freiheitsbewegung von deutschen Rüstungslieferungen. Seit Beendigung des Waffenembargos 2004 wurden Rüstungsgüter im Wert von 83 Mio. Euro nach Libyen genehmigt, darunter Hubschrauber, Gefechtsfeldüberwachungsradar, Kommunikationsausrüstung und Störsender (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2006 bis 2009). Die Lieferungen wurden genehmigt, obwohl die Bundesregierung selbst die Menschenrechtslage im Land als „sehr unbefriedigend“ einstufte und feststellte, dass im autoritären Gaddafi-Regime politische Gegner verfolgt und weder bürgerliche und poli-

tische Freiheitsrechte noch ein unabhängiges Justizwesen existieren (z. B. 8. und 9. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen).

4. Die Bundesregierung geht sogar so weit, autoritären Regimen, wie dem in Saudi-Arabien, den Aufbau von Waffenfabriken mit deutscher Technologie zu genehmigen. So hat das deutsche Rüstungsunternehmen Heckler & Koch GmbH eine Lizenz an Saudi-Arabien zur Produktion des neuen Sturmgewehres G36 vergeben und baut gegenwärtig eine Produktionsanlage für dieses Gewehr auf, wofür die Bundesregierung die erforderlichen Exportgenehmigungen erteilte (Rüstungsexportberichte 2004 bis 2009, Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/4383.) Die Fabrik in Saudi-Arabien wird bald fertiggestellt sein und dann über Jahrzehnte diese Waffe produzieren können. Solche Lizenzvergaben stellen eine besondere Gefahr dar. So hat Deutschland zum Beispiel 1966 eine Lizenz für den Nachbau des Heckler & Koch-Sturmgewehrs G3 an den kaiserlichen Iran vergeben (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B 57 569). Noch heute produzieren die staatlichen iranischen Rüstungsbetriebe das Sturmgewehr G3 (www.diomil.ir), das in Kriegsgebieten in aller Welt auftaucht. So finden sich „iranische G3“ u. a. in Bosnien (DIE ZEIT, 3. Mai 2007), im Sudan (www.sueddeutsche.de, 28. Juli 2008) und wahrscheinlich in Somalia (www. bpb.de/publikationen).

5. Die Bundesregierung genehmigte im vergangenen Jahrzehnt auch den Export von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern an Staaten, die sich in offenen gewaltsamen Konflikten befinden bzw. die am Rande eines solchen stehen. So wurde beispielsweise der Export von Rüstungsgütern für alle Waffengattungen an Pakistan und Indien genehmigt (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002 bis 2009), obwohl diese sich in einem gefährlichen Dauerkonflikt befinden, der jederzeit eskalieren kann.

6. Jedes Jahr sterben rund 747 000 Menschen durch Waffengewalt, täglich also mehr als 2 000 Menschen (www.armscontrol.org). Deutschland ist unter den Staaten der Europäischen Union der größte Lieferant von Militärausrüstung, noch vor Frankreich und Großbritannien. Deutsche Waffen gefährden weltweit die Stabilität und das friedliche Zusammenleben der Menschen, sie erhöhen die Gefahr von inner- und zwischenstaatlichen Kriegen, können zu einer erheblichen Konflikt- und Gewalteskalation beitragen sowie die Lösung von Konflikten mit zivilen, gewaltfreien Mitteln verhindern. Deutsche Waffen werden in vielen Ländern – unter ihnen Libyen und Saudi-Arabien – zur Unterdrückung, Verfolgung und Einschüchterung der Bevölkerung eingesetzt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird.

Berlin, den 16. März 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333